

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIV/243

Bonn, den 19. Dezember 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Ohne Illusionen ----- Zum Brief Ulbrichts an Heinemann	43
2 - 3	"Europäische Sicherheitskonferenz" ----- ... und die "querelles allemandes" Von Dr. Hans Apel, MdB	64
4 - 5	Der Zeigefingerwald ----- Die Unionsparteien und die Fehler der Vergangenheit Von Emil W. Schröder	60
<p>* Zum Jahresabschluß veröffentlichen wir Berichte unserer * * Auslandskorrespondenten zur Situation des Landes, in dem * * sie tätig sind. Heute beginnen wir mit USA und FINNLAND. * * Die Redaktion. *</p>		
<u>AN H A N G</u>		
	<u>U S A 1969</u> ----- Mit Sorgen in die 70er Jahre Innenpolitische Probleme in Amerika Von Paul Neumüller, New York	46
	<u>F I N N L A N D 1969</u> ----- Die soziale Frage Das entscheidende innenpolitische Problem Finnlands Von Friedrich Ege, Helsinki	44

## Ohne Illusionen

### Zum Brief Ulbrichts an Heinemann

sp - Der Brief des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, an Bundespräsident Gustav Heinemann ist ohne Zweifel der Ausdruck des Bemühens der Regierenden im anderen Teil Deutschlands, eine Gesprächsrunde zwischen Bundesrepublik und DDR über die Frage zu eröffnen, ob man zu vertraglichen Regelungen gelangen kann. Wenn es zutrifft, daß der Brief Ulbrichts Vorschläge für Vertragstexte enthält, so wird die Bundesregierung - wenn es zu Gesprächen und möglicherweise sogar zu Verhandlungen kommt - ihrerseits sicher ebenfalls Vertragstexte vorlegen. Sie würde damit im Einklang mit der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 handeln, in der es heißt:

- \* "Die Bundesregierung setzt die im Dezember 1966 durch Bundeskanzler Kiesinger und seine Regierung eingeleitete Politik fort und bietet dem Ministerrat der DDR erneut Verhandlungen beiderseits ohne Diskriminierung auf der Ebene der Regierungen an, die zu vertraglich vereinbarter Zusammenarbeit führen sollen".

Es gibt schon seit langem zwischen der Bundesrepublik und der DDR Verhandlungen über die Regelung sachlicher Probleme, ohne daß hierbei von der einen oder anderen Seite Vorbedingungen gestellt wurden. Bisher hat die DDR allerdings nie zugeben wollen, daß dies Verhandlungen "ohne Diskriminierung" sind. Sollte sich das jetzt geändert haben und sollte in dem Brief Ulbrichts an Heinemann, den Realitäten Rechnung tragend, von Verhandlungen die Rede sein, so wäre dies zwar noch kein Fortschritt, aber immerhin ein Lichtblick.

Wenn es nun zu Verhandlungen mit dem Ziele von Vertragsabschlüssen kommen sollte, werden wir uns in der Bundesrepublik mit Geduld wappnen müssen. Kommunisten sind harte Verhandlungspartner, und manches Gespräch mit ihnen, das in den letzten Jahren von unseren westlichen Partnern geführt wurde, hat ohne Ergebnis geendet oder ist zunächst im Sande verlaufen, um später auf einer anderen Ebene wieder aufgenommen zu werden.

Aus diesem Grunde wäre es der Sache, um die es sicher für die Überwiegenden Mehrheit unseres Volkes geht, abträglich, würde man jetzt in dem höchst ungewissen Vorfeld möglicher Verhandlungen bei uns damit beginnen, mit Akribie aufzuzeichnen, was für uns annehmbar oder nicht annehmbar wäre. Ebenso unsinnig wäre es, würde man in der Bundesrepublik nach Manier der Kremlastrologie deuten wollen, welche "letzten Motive" Ulbricht wohl bewegt haben könnten, diesen Brief zu schreiben; das führt zu nichts.

Jetzt kommt es darauf an, die von Ostberlin gewünschte Gesprächsrunde zu eröffnen; illusionslos und von unseren Realitäten ausgehend, die Ulbricht genau kennt und von denen er weiß, daß sie in Rechnung gestellt werden müssen, wenn es zu einer den Frieden in Europa sicherer machenden Entspannung zwischen Ost und West kommen soll.

"Europäische Sicherheitskonferenz"

... und die "querelles allemandes"

Von Dr. Hans Apel, MdB

"An eine europäische Sicherheitskonferenz dürften keinerlei Vorbedingungen gestellt werden." Diese Aussage des Bundeskanzlers und vor-  
aligen Außenministers Willy Brandt vor dem Deutschen Bundestag am  
15. April 1969 wird von vielen am Zustandekommen einer Sicherheitskonferenz Interessierten voll unterstützt. Sie unterstreichen, daß keine  
Seite versuchen darf, die Akzente des Ablaufs der Konferenz so setzen  
zu wollen, daß die von ihr gewollten Konferenzthemen schon vorab ein-  
stimmig in ihrem Interesse inhaltlich fixiert werden und damit für an-  
dere Teilnehmer von vornherein unannehmbar werden.

Die Moskauer Beratung führender Politiker der osteuropäischen Län-  
der stellt in einem Kommuniqué am 4. 12. 1969 fest, daß es im Interes-  
se des Friedens und der Sicherheit erforderlich ist, "daß alle Staaten  
gleichberechtigte Beziehungen auf völkerrechtlicher Grundlage zur DDR  
aufnehmen". In diesem Kommuniqué wird allerdings im Gegensatz zur Pra-  
ger Erklärung der Außenminister des Warschauer Paktes vom 31.10.1969  
nur indirekt auf die aktuellen Probleme, Vorbereitung und etwaige Ta-  
tesordnung, einer europäischen Sicherheitskonferenz eingegangen. Das  
Kommuniqué der Prager Konferenz dagegen nimmt zum Verhältnis DDR - Bun-  
desrepublik überhaupt nicht Stellung. Es bezieht sich allerdings auf  
den Appell der Budapester Konferenz des Warschauer Paktes vom 17.3.69,  
in dem lediglich "die Anerkennung der Existenz der DDR" verlangt wor-  
den war.

Dennoch kann an der am 4.12.1969 in Moskau aufgestellten Forderung  
nicht achtlos vorbeigegangen werden. Sie könnte sich in der weiteren  
Förderung im Vorfeld der Konferenz oder während der Konferenz selbst  
eben doch zu einer schwerwiegenden Vorbedingung entwickeln.

Damit könnte sie einer weiteren von vielen Staatsmännern unter-  
stützten Forderung Willy Brandts entgegenstehen, daß nämlich eine der-  
artige Konferenz nur dann sinnvoll wäre, wenn begründete Aussicht be-  
stände, daß ein gewisser Fortschritt auf dem Wege zu einer europäischen  
Friedensordnung möglich wäre. Es ist in diesem Zusammenhang zu begrüß-

sen, daß das Prager Kommuniqué auf bilaterale oder mehrseitige Verhandlungen zwischen den europäischen Staaten verweist, um die Sicherheitskonferenz praktisch vorzubereiten und ihren Erfolg sicherzustellen.

Es ist nicht einzusehen, wieso diese Möglichkeit nicht auch zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland genutzt werden sollte, um auf der Basis des Angebots der Regierungserklärung der Bundesregierung zu Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu kommen, die im Interesse beider ohne Diskriminierung auf der Ebene der Regierungen zu führen sind und damit eine europäische Sicherheitskonferenz von den "querelles allemandes", wie Willy Brandt das deutsche Problem anspricht, befreien könnten. Denn das ist doch sicher: Wenn es vorher nicht zu klärenden Verhandlungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik kommt, dann wird es mit einiger Wahrscheinlichkeit auf einer europäischen Sicherheitskonferenz um die "querelles allemandes" gehen, wie auch immer die Tagesordnung aussehen wird.

Insofern stellen wir keine Vorbedingung, wenn wir unterstreichen, daß wir vorher das Gespräch und die Verhandlungen mit der DDR brauchen, um die Erfolgchancen der Sicherheitskonferenz zu erhöhen. Wir wissen natürlich, daß es darüber hinaus weiterer zweiseitiger Verhandlungen zwischen den europäischen Staaten bedarf, um eine Reihe weiterer strittiger Fragen zu klären. In diesem Zusammenhang sind die anlaufenden bzw. angebotenen Verhandlungen zwischen der UdSSR, Polen und der CSSR und uns wesentlich für die Vorbereitung der Konferenz.

Wir sollten aber auch unterstreichen, daß dieses große wechselseitige Gespräch nicht nur dazu da ist, die Konferenz gut vorzubereiten, um dann zu einer Konfrontation der Meinungen der Blöcke und ihrer Mitgliedsstaaten zu gelangen. Es kommt ebenso sehr darauf an, die Neutralen in den Dialog der europäischen Staaten wirksam mit einzuschalten, vor allem aber deutlich zu machen, daß es nicht nur um eine einzige spektakuläre Konferenz gehen kann, sondern um einen fortlaufenden Prozeß gesamteuropäischer Befriedung auf vielfältigen bilateralen und multilateralen Wegen.

### Der Zeigefingerwald

#### Die Unionsparteien und die Fehler der Vergangenheit

Von Emil W. Schröder

Wenige Wochen ist die neue Koalition SPD/FDP an der Regierung. Wenn ein Geschäftsbetrieb eine neue Führung bekommt, braucht sie eine gewisse Anlaufzeit, nicht nur zur "Einarbeitung", sondern auch zur Prüfung der bisherigen Geschäftsmethoden, um einen Übergang zu den eigenen Führungsvorstellungen herzustellen. Wollte nun alle fünf Minuten ein Mitglied der bisherigen Geschäftsleitung die Tür aufreißen und den neuen Leitern des Betriebes mit warnend erhobenem Zeigefinger zurufen: "Was Sie da machen, ist völlig verkehrt, meine Herren!" oder gar ein Mann in bajuwarischer Tracht mit einem Sträubchen am Hute - es kann auch ein Gamsbockbart sein - toben: "Wenn Sie nicht sofort bis zum 30. Juni alle Ausgaben unterlassen, die wir nicht genehmigen, dann machen Sie Pleite!" - was würde wohl die neue Betriebsleitung in einem solchen Falle tun? - Ganz rechts die Tür schließen und weiterarbeiten.

Ein ganzer Wald von Zeigefingern wird von der neuen, oppositionsungehobenen CDU/CSU den Ministern und dem Bundeskanzler der neuen, rechtmäßig gewählten und rechtmäßig gebildeten Regierung entgegengehalten, ein vielstimmiger Chor schallt aus diesem Walde und singt von Fehlern, die sofort korrigiert werden müßten. Franz-Josef Strauß - sogar seine Freunde aus der CDU sollen ihn wegen seiner Angriffe aus der jüngsten Zeit gram sein - fordert eine Sperre für vier Milliarden Ausgaben bis Mitte des Jahres, und Ex-Minister Stoltenberg, dessen Kapazität kaum auf wirtschaftlichem und finanziellem, denn auf technischem Gebiete liegt, legt eine Milchmädchenrechnung vor, nach der die Annahme der CDU-Vorschläge einige hundert Millionen sparen würde. Ja, die Angriffe gegen Brandt und Schiller werden von Tag zu Tag massiver, und die des Opposi-

tionsführers Barzel unterscheiden sich nur um weniges davon durch ihren scheinbar konzilianteren Ton.

Welche Sorge doch plötzlich in der jetzt zur Opposition verdämmten CDU/CSU für die Kriegsoffer, für die Familienhilfe, für unsere vernachlässigte Bildung - es ist geradezu rührend, wie man plötzlich auf sozialem Gebiet der SPD/FDP-Regierung den Rang ablaufen möchte! Es wirkt ja umso ergreifender, wenn man sich vor Augen hält, daß fast zwei Jahrzehnte lang die CDU/CSU-Mehrheit es in der Hand hatte, diese sozialen Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Daß sie es unterließen, hat ja zum Anwachsen politischer, sozialer und finanzieller Defizite auf so vielen Gebieten geführt. Hat nicht der scheidende Bundesbankpräsident Blessing der CDU/CSU bescheinigt, daß ihr Widerstand gegen die Aufwertung die Schuld an den beträchtlichen Devisenverlusten und an den Preissteigerungen trägt? Trotzdem wird offen und versteckt die Parole verbreitet: "Seit die SPD/FDP an der Regierung ist, steigen die Preise!" - Nur verschweigt man geflissentlich den Grund.

Warum dieser Wald erhobener Zeigefinger? Warum der Versuch, die neue Regierung nicht zu Atem kommen zu lassen, sie im Aufbau zu stören? Auch das hat die Opposition in jüngster Zeit laut selber verkündet: Sie will so schnell wie möglich wieder an die Macht, an deren Geschmack und Gebrauch man sich so gewöhnt hat. Der bittere Geschmack des Opposition-sein-müssens reizt, treibt zur Eile. Man will bei den Landtagswahlen verlorenen Boden zurückgewinnen, um triumphierend in die Welt schreien zu können: Wir kommen wieder an die Macht - wir brauchten nur diese kurze Pause zur Sammlung -

Hoffentlich werden die so zahlreich und so ausdauernd erhobenen Zeigefinger nicht müde. Und wenn die CDU/CSU in ihrem Logbuch zurückblättert, wird sie errötend feststellen, welche kapitalen Fehler unter ihrer Ägide begangen worden sind. Denn dieser Fehler wegen hat sie ja die Macht aus den Händen geben müssen. Wohlgemerkt: Fehler, die wirklich begangen wurden von der CDU/CSU-Führung, nicht jene, die sie propagandistisch nunmehr anderen vorwirft.

U.S.A. 1969

Mit Sorgen in die 70er Jahre

### Innenpolitische Probleme in Amerika

Von Paul Neumüller, New York

Wenn Amerika am Ende dieses Jahres innenpolitische Bilanz zieht, müßten seine Einwohner mit großen Sorgen in die Zukunft sehen. Größtes Sorgenkind des Landes war im Jahre 1969 der Krieg in Vietnam, der noch immer die USA pro Minute 10.000 Dollar kostet. Die Proteste gegen die Weiterführung des Krieges werden sich auch 1970 in verstärktem Maße fortsetzen. Bis jetzt lehnt bereits etwa die Hälfte der Bevölkerung den Nixon-Plan der Vietnamisierung ab. Die sogenannte "schweigende Majorität", von der im Weissen Haus bei jeder Gelegenheit gesprochen wird, setzt sich zusammen aus radikalen Gruppen, Militärs und aus männlichen Einwohnern in nicht mehr wehrpflichtigem Alter. Es scheint, daß die Regierung Nixon das innenpolitische Problem Vietnam auf zu leichten Schultern ins neue Jahr hineindrängt.

Auch die anderen innenpolitischen Sorgen bedrücken die Regierung offensichtlich nicht allzu sehr. Kampf gegen die Armut - in der Stadt New York leben 1,2 Millionen Wohlfahrtsempfänger -, Reform der Sozialgesetzgebung und Sicherung des Arbeitsplatzes sind immer noch ungelöste Probleme, solange Amerika mit seinen Sozialausgaben weit hinter den europäischen Staaten zurückliegt.

Eine Vielzahl von unterschiedlichen Gesetzen des Bundes und der Einzelstaaten und ein überbürokratisches Verwaltungssystem mit Fremdverplanungen von Wohlfahrtsgeldern und Unterschlagungen von großen Teilen des Sozial Etats sind nicht dazu angetan, die Sozialprobleme des Landes, in dem es noch immer keinen Kinderzuschlag (außer bei Wohlfahrtsempfängern) und noch immer keinen ausreichenden staatlichen Krankenversicherungsschutz gibt, zu lösen. Dadurch ist es auch möglich, daß ein verheirateter Briefträger mit vier Kindern weniger verdient, als eine gleich große arme Familie an Wohlfahrtsunterstützung erhält. - Auch das Problem der Rassenintegration, vor allem in den Schulen, ist trotz höchst richterlichen Entscheidungen noch lange nicht gelöst. Es ist nicht damit getan, daß jetzt auch im Fernsehen in verstärktem Maße schwarze Mitbürger auftreten und gemischte Sex-Gruppen-Parties veranstaltet werden, wenn gleichzeitig die Schulintegration dadurch umgangen wird, daß weiße Eltern von Schulbezirken mit schwarzen Kindern wegziehen oder die Kinder in Privatschulen unterrichten lassen. Große Anstrengungen wurden 1969 unternommen, für Gesetz und Ordnung (law and order) zu sorgen. Trotzdem wächst die Kriminalität, die Rauschgiftsucht steht in höchster Blüte und die Mafia hat ihre Position weiter gefestigt. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet muß Amerika mit Sorgen in die Zukunft sehen. Der Dollar verliert immer mehr von seiner Kaufkraft und die ständige Steigerung von Löhnen und Preisen lassen inflationistische Tendenzen erkennen. Bestes Barometer hierfür ist die Börse, die am Jahresende einen Tiefstand erreichte, wie man ihn seit drei Jahren nicht mehr genannt hat.

Ein krankes Amerika ist auch für Europa schlecht, deshalb bleibt zum Jahresende der Wunsch übrig, daß die USA in den 70er Jahren ihre innenpolitischen Probleme fester anpacken und zu guten Lösungen führen.

### Die soziale Frage

#### Das entscheidende innenpolitische Problem Finnlands

Von Friedrich Ege, Helsinki

Im zu Ende gehenden Jahr stand wie in der ganzen Nachkriegszeit die soziale Frage im Mittelpunkt - ein schweres Erbe aus der Zeit vor dem Kriege. Nach Erreichung des 65. Lebensjahres erhält jedermann, ob Reinemachefrau oder Millionär, die "Volkspension", die kürzlich um eine Mark (!) im Monat von 69 auf 70 Mark erhöht wurde, womit man aber nichts anfangen kann. Wer keinerlei Einkommen hat, kann bis zu 280 Mark im Monat bekommen, aber auch davon zu leben, ist ein Kunststück, zumal bei den phantastischen Mieten. Vom lappländischen Regierungsbezirk, wo die Situation in Hinsicht auf Arbeitsmöglichkeiten hoffnungslos ist, gehen auch heute jeden Tag Finnen nach Schweden, um Arbeit zu bekommen. In der Nachkriegszeit gingen gegen 250.000 Finnen nach Schweden, viele auch nach anderen Ländern. Im Winter steigt die Arbeitslosigkeit gewöhnlich auf 100.000, das sind zwei Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Arbeitslosenunterstützung ist wie die allgemeine Krankenversicherung erst einige Jahre alt.

Man muß dabei daran denken, daß in Finnland auch heute in sehr starkem Maße die Hegemonie des konservativen bürgerlichen Denkens in der Wirtschaft vorherrscht, so daß man eine immer stärker sich ausbreitende radikale Gegenbewegung, besonders unter den jüngeren Generationen, sehr wohl verstehen kann und billigen muß. Die Arbeitslosen werden sehr häufig von ihren Familien getrennt und in weit abgelegenen Arbeitslagern untergebracht, wo mitunter sehr unwürdige Verhältnisse herrschen, wie selbst das finnische Fernsehen es kürzlich zeigte. Daher ist es ein großer Gewinn für den dringend notwendigen sozialen Aufbau Finnlands, daß eine solche starke und einsichtsvolle demokratisch-sozialistische Persönlichkeit wie der jetzige Ministerpräsident Dr. Mauno Koivisto die Geschicke des Landes führt und es z.B. fertiggebracht hat, den ständig steigenden ungeheuren Mieten Einhalt zu gebieten, wie auch vor allem die Stabilisierung in den Verhältnissen des Landes durchzuführen.

Ein charakteristischer Ausdruck für die schwierige soziale Situation weiter Kreise der Arbeiterbevölkerung Finnlands waren in diesem Jahre die besonders vielen Streiks, vor allem unter den Metallarbeitern, von denen gegenwärtig etwa 40.000 sogenannte Punktstreiks in einer bemerkenswerten Anzahl größerer und kleinerer Betriebe in den verschiedensten Teilen des Landes durchführen, um die allzu langsam vor sich gehenden Kollektivvertragsverhandlungen zu beschleunigen.

Die Vorbereitungen für die Reichstagswahlen im Frühjahr 1970 sind in vollem Gange, sind sie doch die Voraussetzung dafür, ob und in welchem Maße die von einem Sozialdemokraten geführte Regierung im aufbauend-sozialen Sinne fortsetzen und damit die so dringende Beseitigung der sozialen Mißstände durchführen kann - zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung Finnlands.